

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Ercheint an jedem Montag nachmittags. Die Besage-Exemplare des Blattes betragen in Halle und um 190.000 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 190.000, in den Postgebieten abgeteilt auf 180.000 monatlich. Die abgeteilten Ausgaben-Willkommens-Zeile kostet im Ortsvertrieb Mark 12.000, im auswärtigen Vertrieb Mark 15.000. Retraum die Willkommens-Zeile auf 40.000 im Ortsvertrieb und Mark 50.000 im auswärtigen Vertrieb. Auslagen-Erlöse: zehn Mark monatlich.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Neue Dromadenstr. 1a und Orest-Neubaustraße 17. Fernsprecher-Nr. 2001. Geschäfts-Nr. 1140 und 1142. Druck-Redaktion: Halle a. S., Orest-Neubaustraße 17. Fernsprecher-Nr. 2001. Druck-Redaktion: Halle a. S., Orest-Neubaustraße 17. Fernsprecher-Nr. 2001. Druck-Redaktion: Halle a. S., Orest-Neubaustraße 17. Fernsprecher-Nr. 2001.

Generaldirektor Cuno Außenminister?

Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung / Heute Verhandlungen mit den Parteien Verschiebung der Orientkrisis / Verschiebung der Lausanner Konferenz auf acht Tage.

Umbildung des Kabinetts Wirth.

„Konzentration der Kräfte.“

Als in der vorigen Woche die Berliner Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Reparationskommission zu Ende gegangen, merkten auch diejenigen, denen kein Blick hinter die Kulissen vergönnt war, daß eine innere Krise im Gange sei. Heute stehen die Dinge so, daß das Schiff der Wirth'schen Politik erst wieder an dieser neuen gefährlichen Klippe vorbeifahren muß, um auf das Rettungs- und Reparationsproblem zurückzukommen. Dem Ernst der Stunde entsprechend vermißt der Reichsfiskus bisher das unbeliebte Wort Krise und gab die Lösung aus: Konzentration der Kräfte. Um seine Schritte möglichst harmlos einzuleiten, knüpfte Dr. Wirth in geschickter Weise an jene Aussprache mit den Parteien über ein wirtschaftliches Aktionsprogramm an, die kurz nach der letzten Vertagung des Reichstages begonnen hatte, aber durch den Doppelbruch der Reparationskommission und der ausländischen Finanzbehörden unterbrochen wurde. Wie soll nun die „Konzentration der Kräfte“ herbeigeführt werden? Antwort: Durch eine Umbildung des Reichskabinetts. Während aber bisher bei parlamentarischen Systemen dies die Aufgabe der Parteien war, während man bisher dachte, daß dazu eine neue Koalition notwendig sei, verjagt der Reichsfiskus einen anderen Weg. Sein Ruf ergeht nach Persönlichkeiten, nicht nach Fraktionsmitgliedern. Er braucht einen Außenminister, einen Chef für das Wiederaufbauminiesterium und drittens unter Umständen einen Minister ohne Portefeuille.

Wie denken nun die Parteien über den Fall? Die Deutsche Volkspartei ist im Verlaufe der Regierungsverhandlungen mit der Reparationskommission von dem Kabinetts Wirth merklich abgedrückt, während sie sich vorher doch schon deutlich genähert hatte. Wenn es dem Reichsfiskus gelingt, Männer in das Kabinetts zu ziehen, die der Deutschen Volkspartei nahesteht, dann wird es nur ein Streit um Worte sein, ob die Partei zur neuen Koalition gehört oder nicht. Die Sozialdemokratie ebenfalls nicht den „Volkspartei-Erfolg“ ernst nehmen, und sofort ist wieder der Bruch und die Krise da. Die bereitwilligen Sozialdemokraten sind seit dem für sie so günstigen Ausfall der städtischen Wahlen an Wut und Stolz fast härter geworden. Sie lassen es auf jede Strafpfeile ankommen. Etwas mild wird in der sozialdemokratischen Kreise auf Neuwahlen hingedrangt, um eine Klärung der Lage zu erzielen.

Andere Parteien, so namentlich die Deutschdemokratische Partei, haben davor wiederholt eindringlich gewarnt. Daß Neuwahlen bei der jetzigen trostlosen Lage zum Katastrophe führen müßten, kommt den radikalen Parteipolitikern offenbar nicht zum Bewußtsein. Oder glauben sie, daß Weizsäcker, Bonar Lam und Mussolini waren, bis das deutsche Volk in einem neuen Reichstag seine „konzentrierten Kräfte“ herauszubestimmen hat? Die politische Welt Deutschlands ist gerade jetzt über das Währungsproblem in zwei Lager gespalten. In dem einen Lager heißt das Ziel: Erst muß der Mark gelassen werden; über das andere kann man später reden. Die andere Seite sagt: Zuerst muß Deutschland der Entlastung von außen, der Produktionsvermehrung im Innern gewiß sein; dann hilft sich die Mark selber. Die erste Gruppe ist von der Sozialdemokratie geführt, die zweite von der Deutschen Volkspartei. Der Gegensatz hat bereits zu den heftigsten Auseinandersetzungen geführt. Als Auslandsfrage und Wirtschaftserfordernis werden die einen, als Inflationisten und Konjunkturräuber die anderen gebrandmarkt. Ein Duell Wortkundschaft hat begonnen und es scheint noch nicht zu Ende zu sein. Ist es nun nicht möglich, den Haber der Parteien zu beschönigen? Die Regierung muß es versuchen! Sie hat auch bei parlamentarischen Regime sehr wohl das Recht, Staatsratskräfte für Erweiterung und Führung des Kabinetts heranzuziehen, die nicht ausgeprägten Koalitionen- und Parteipolitiker sind. Es kommt nur darauf an, durch geschickte Verhandlungen die Genehmigung der Parteien zu erreichen.

Bisher sind nur unverbindliche Besprechungen abgehalten. Die eigentlichen Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts lassen erst heute beginnen. Wie aus Berlin berichtet wird, geht die allgemeine Meinung dahin, das ganze Kabinetts nur Minister zu ernennen und dann Dr. Wirth durch den Reichspräsidenten von neuem mit der Bildung des Ministeriums zu betrauen. Namen werden bereits in größerer Zahl genannt. Als künftiger Reichswirtschaftsminister wird der volksparteiliche Abgeordnete von Naumer bezeichnet, er erklärt aber selbst, daß mit ihm noch gar nicht verhandelt sei. Vor allem spielt der Name Stresemann in den Kombinationen eine hervorragende Rolle. Das Berliner Tagblatt erzählt, für ihn solle ein besonderer Posten, der des Sprecherministers, geschaffen werden, der dem Reichsfiskus einen Teil der großen Arbeitslast, namentlich in der Vertretung der Politik nach außen hin, abnehmen könnte. Wie dem auch sei, jedenfalls erscheint der Gang

unserer Tage, daß die Parteien ihren Blick auf das Ganze und nicht auf ihre Spezialinteressen richten. Zeigen sie sich in der gegenwärtigen Stunde nicht der Situation gewachsen, geht die Umbildungsaktion in Parteigeist und Reichsfiskus unter, so ist Deutschland mehr als je von Unheil bedroht. Daß die Einsicht komme, wollen wir hoffen, obwohl noch am Sonntag aus den Partiklagern feiliges Streiten herüberströmte.

Der erste offizielle Schritt.

Berlin, 12. November. Auch am heutigen Sonntag sind die Besprechungen über die Regierungsumbildung zwischen dem Reichsfiskus und den Parteiführern zum Teil fortgesetzt worden. Ihr Ergebnis ist, daß Dr. Wirth morgen an den Generaldirektor der Hamburg-America-Linie, C. v. Noorden, die offizielle Anfrage richten wird, ob er bereit ist, das Außenministerium zu übernehmen. Nach der vorangegangenen Unterredung mit Generaldirektor Cuno ist anzunehmen, daß er diesen Antrag annehmen wird.

Eine Koalitionsregierung in Weimar?

Weimar, 13. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Eisenacher Tagespost“ erfährt, beabsichtigt die Vereinigte Sozialistische Partei im nächsten Monat mit den Demokraten und einer weiteren bürgerlichen Gruppe, hauptsächlich dem Landvolk, Fühlung zu nehmen, um im Landtag eine Mehrheit für die Befreiung des durch den Militär- und Zivilminister von Brandenstein erzielten Votens des Zivilministeriums durch ein Mitglied der nichtsozialistischen Parteien zu gewinnen.

Die Orientkonferenz verlagert.

Frankreich mit der Konferenzvertagung einverstanden. Paris, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Regierung hat in der Frage der Vertagung der Lausanner Konferenz im letzten Augenblick nachgegeben und die von England geforderte Verschiebung des Eröffnungstages bis zum 20. November angenommen. Davon berichtet darüber folgende Note: Der Herr, der Vertreter der Angoraregierung, ist vorgestern nachmittags zum Ministerium des Auswärtigen von der Vertagung der Lausanner Konferenz bis zum 20. November verständigt worden. Der Herr hat sofort die notwendigen Schritte unternommen, den Führer der türkischen Abordnung, Ismid Pascha, der am 9. November Konstantinopel im Orient-Express verlassen hat, um sich nach Lausanne zu begeben, davon zu unterrichten. Wahrscheinlich wird Ismid Pascha, wenn ihn die Nachricht rechtzeitig erreicht, nicht in Lausanne bleiben, sondern die Reise sofort nach Paris fortsetzen.

Sie verläutet, war für die französische Entscheidung, der Vertagung der Lausanner Konferenz, daß die englische Regierung nur der feste Wille Englands, vor dem Abbruch der Besien die Konferenz nicht zu eröffnen, sondern auch die Tatsache maßgebend, daß auch die anderen Staaten insolge des anderen Standes der Frage noch keine Vertagung für die Konferenz erwidert haben. Namentlich spielen sich auf dem Balkan nach einer Vorberedung der drei alliierten Hauptmächte ab. Wie man annimmt, werden noch im Laufe dieser Woche solche Vorberedungen stattfinden, neben denen die Verhandlungen Ismid Pascha mit diesen Mächten einhergehen sein wird. Nach einer Vertagung dazu gehen in einer großen Sitzung, an der auch Marschal Joffe teilnahm, begonnen. Andererseits erwartet man in England die Ankunft des französischen ersten Vertreters für Konstantin, des Postchiffers Parrot, um auch dort Vorberedungen führen zu können. Bonarce hat gestern im Anschluß an die alarmierenden Gerüchte aus Konstantinopel die ihm von Marschal Joffe vorgelegenen Richtlinien für die Vertagung von Konstantinopel genehmigt. Man hofft, daß England mit diesen Mächten einverstanden sein wird. Nach einer Vertagung aus Adrianopel hat eine französische Abteilung, die noch nicht offiziell ernannt worden war, um über das Schicksal von 30 verschwindenden griechischen Gebirgsarmen Untersuchungen einzuleiten, 23 dieser Gebirgsarmen als Leichen aufgefunden.

Ablehnung der Konferenzteilnahme Russlands.

Sankt Petersburg, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Keiner berichtet die Meldung, daß die englische Regierung das russische Verlangen nach der Zulassung von Komjeterretern in Lausanne ablehnt, beantwortet wird. Sie wird darauf hinweisen, daß die Friedenskonferenz, nur den Mächten offen liege, die im Kriege mit der Türkei waren, dagegen werden die Komjeterreter an den Verhandlungen über die Meerengen teilnehmen und mit ihnen zugleich auch Vertreter der Ukraine und Georgiens zugelassen werden.

Wahlprophezeiungen in England.

London, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der diplomatische Mitarbeiter der Sunban Times schreibt, in Neaerunnsfreien erwarte man eine Mehrheit der Konservativen von 20 bis 30 Sitzen gegenüber den anderen Parteien. Die voraussichtliche Zusammensetzung der neuen Parlaments würde folgende sein: Konservativ 325, Arbeiterpartei 183, Unabhängige Liberale 100, Nationalliberale 55, andere Parteien 5.

Heutiger Stand des Dollars \$300!

Waffenstillstandsfester in Paris.

Paris, 12. November. Der Jahresfest des Waffenstillstandes wurde heute in Paris durch eine Minute allgemeiner Stille gefeiert. Auf einer Kanonenschusslinie trat der Verkehr. Das Publikum eroberte die Dampfer, Straßenbahnen und Autos (sodann) und das Volk vor dem Grab des unbekanntem Soldaten unter dem Armbindenband wurde auf eine Minute stillstand. Mit der Feier vor dem Grab nahmete Reichspräsident Ebert, das gesamte Militärministerium, die in Paris anwesenden diplomatischen Vertretungen der Alliierten, sowie der jüdische Botenpost, Autonomie de Leon, teil. Die Hauptfeier spielte sich auf der Wirkung des Waldes von Compiegne bei Reims ab, auf der sich die Jüge des Marcial's nach und der deutschen Anführer begegneten. Präsident Ebert war mit dem gesamten Militärminister Paris um 1 Uhr 20 Minuten verlassen und war um 2 Uhr 30 Minuten in Reims angekommen, um ihn sämtliche Diplomaten der Verbündeten, Marschal Joffe, Admiral Lord Fisher, Lord Bessy, Marschal Lord Douglas Haig, General Duric und andere erwarteten, die in einem Extrazug bereits vorher dort eingetroffen waren. Präsident Eberts entbiete auch dem Minister und Vertreter Admiral Wemyss die Militärmedaille. Die große Rede des Reichspräsidenten, die Ministerpräsident Bonarce, der in langen Ausführungen betonte, daß Deutschland am Ende des Waffenstillstandes völlig zusammengedrückt war. Bonarce schloß mit den Worten: „Deutschland habe sich oft gerüht, allein oder fast allein gegen eine Welt von seinen zu stehen. Es hätte aber rechtzeitig erkennen müssen, daß die Weltkoalition die Härte der Bestrafung seiner unerschütterlichen Politik war. Vor vier Jahren hat diese Welt sich zu Ende geschlossen. Möge Deutschland“ so heißt Bonarce sein Trauer, die Welt, die es erhalten hat, niemals vergessen, möge die Welt, die Deutschland diese Welt erteilt haben, ein treues Andenken bewahren!“

Der Tod in der Gefangenenschaft.

Eine grauzige Statistik.

Aus einer Antwort des Reichsministers des Innern auf eine kleine Anfrage ist zu ersehen, daß nach deutscher Schätzung ungefähr 12,2 Prozent Kriegsgefangene in der Gefangenenschaft der Gefangenenschaft. Die vom Auslande mitgeteilte Zahl der in der Kriegsgefangenschaft gestorbenen Deutschen zeigt nur einen Prozentsatz von 5,5. Die Angaben aus England und Amerika stimmen mit den deutschen Schätzungen überein, für Frankreich werden 38 000 Tote geschätzt, während in England 25 229 getragene, aus England liegen Zahlen nicht vor. Deutschland schätzt die Zahl der Toten auf 37 Prozent. Den höchsten Prozentsatz hat Rumänien mit 12,88 sind nach rumänischer Schätzung 2367, d. h. 13,1 Prozent, gestorben. Das ist schon ein ungeheurer Bruchteil; Deutschland schätzt die Toten aber auf 5000, das sind nicht weniger als 39 Prozent unterer Krieger, die das Unglück hatten, in den unglücklichen rumänischen Gefangenenglagern untergebracht zu werden. Die Gesamtzahl der in Gefangenenschaft gestorbenen Deutschen beträgt rund 122 000.

Drohung der Danibremen.

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Allgemeine Arbeiter-Bund hat heute in der Sitzung des Sonntag seinen Verbandsrat ab, zu dem neben zahlreichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches auch Vertreter der Danziger Arbeiterorganisationen, der Danziger Arbeiterorganisationen und der Danziger Arbeiterorganisationen. Nach den Verhandlungsansprüchen des Danziger Arbeiter-Bundes sprach Aufhäuser und Warg. Meber „Die Zeitpolitik des Verbandes“ sprach dann Emonts, der einen Überblick über die Lage der Bewegung im Danziger während des abgelaufenen Geschäftsjahres gab und dann zu den letzten Tarifverhandlungen Stellung nahm. „Der Kampf muß weiter gehen“, erklärte Emonts, „wir können noch etwas anderes tun, als in Verhandlungen „Nein“ sagen, wir können die Waffen aufbehalten und aufrufen. Und wenn sie unteren Beschlüssen zustimmen, dann wird sich der Kampf elementar auslösen. Trotz aller Minderungen nach dem Kampf und Willu, die in der Danziger Arbeiterorganisation zu verschärfen sind. Die Danziger können und werden kämpfen!“

Das neue Reichsappellationsgesetz

Das neue Reichsappellationsgesetz wurde im sozialpolitischen Anhang des Reichstages am 10. November beraten. Der Reichsarbeitsminister Krauss wies auf die Zersplitterung im Appellationswesen hin. Wenn auch einige Länder mit der Vereinheitlichung begonnen hätten, so hätten doch bis vor kurzem noch 110 Einzelverordnungen bestanden. Die Vereinheitlichung durch das Reich sei daher ein Gebot der Notwendigkeit. Die neue Regelung will die volle Freizügigkeit sicherstellen. Die Verwaltungsämter verbleibe den Appellationsstellen. Ihre Zustimmungen sollen sich auf die Kantonsämter, Kantons-, Provinz-, Württemberg- und Reichsbehörden erstrecken, während die Verwaltungsämter in den Reichsappellationsstellen bleiben. Das Reich werde nur gewissermaßen Oberinstanz auf gesetzgeberischem Gebiete sein. Die Mittel zur Bekämpfung der Ausgaben sollen teils im Kapitalbedarfsverfahren, teils durch Umlagen aufgebracht werden. Neu hinzu tritt die Verbringung der Angehörigen des Bergbaus. Eine Umgestaltung findet hinsichtlich der Reichsappellationsverfahren statt. Ebenfalls bedeute die Zusammenfassung der verschiedenen Reichsappellationswege in eine einheitliche Reichsappellationsorgane einen großen Schritt. Die Vertreter der einzelnen Fraktionen sprachen sich im großen Ganzen für die neue Regelung aus, wählten aber gesondert den Reichspräsidenten

